

Asoziale Pädagogen
Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus
Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

Ein Verein für politische Bildung von worst case zum good practice

Dieser Bericht ist einer von zehn Auszügen aus dem Buch **Asoziale Pädagogen**. Einerseits sind diese Abschnitte kostenlose Leseproben und andererseits weiterleitbare und copy-paste-bare Fallbeispiele für institutionellen antimuslimischen Rassismus. Allein aufgrund des ausführlicheren Umfangs wie auch des größeren thematischen Spektrums lohnt es sich, das Buch zu kaufen. Auch bietet eine Geschenkausgabe dem Beschenkten die Möglichkeit einer innigeren Selbstreflexion und Gesellschaftsbeobachtung. Wer mein unabhängiges Engagement gegen Muslimfeindlichkeit und Diskriminierung finanziell unterstützen möchte, kann *PayPal für Freunde* verwenden: <https://www.paypal.com/paypalme/fuerdieliebenden>

Das IIS partizipiert bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen, die das Zusammenleben bedrohen, auch wenn MuslimInnen nicht direkt betroffen sind. Dieses Selbstverständnis und damit einhergehendes Engagement berücksichtigend, kommt man nicht umhin zu verstehen, dass sich die BesucherInnen und Engagierte des Vereins als MultiplikatorInnen in der Gesellschaft begreifen, welche Verantwortung bei der Bewältigung von Herausforderungen tragen möchten – und dafür nach weiterer Qualifikation streben.

Innerislamisch ist Antisemitismus durch die religiöse Lehre leicht zu entlarven. So stellte u. a. Bernhard Lewis (jüdischer Historiker, Orientalist und Professor u. a. an der Princeton University) fest:

„In der islamischen Gesellschaft ist die Judenfeindlichkeit nicht theologischer Natur.“¹

Aber wie dem Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft entgegen – einer Gesellschaft, die den Argumenten aus dem Quraan nicht grundsätzlich aufgeschlossen ist?

Eben hierfür brauchen muslimische Jugendliche als BürgerInnen für ihr zivilgesellschaftliches Engagement Schulungen von ExpertInnen. Als wir mit unseren Kooperationspartnern ein mehrtägiges Seminar organisiert haben, welches sich auch – nicht ausschließlich – der Entgegnung des Antisemitismus widmet, versucht eine muslimfeindliche Akteurin via Facebook zu skandalisieren, dass eine Organisation, die im Folgenden „Verein für politische Bildung“ genannt werden wird, ein Seminar in unserem Moscheeverein abgehalten hat.

Jemand kontert dankenswerterweise in den Kommentaren, dass „kein vernünftiger Mensch sich mehr für das, was *SHM* von sich gibt, interessiert – auch nicht in der Politik! Zum Glück! Wenn es nur das ist – macht euch keine Sorgen!“

Der Diffamierenden mehr Aufmerksamkeit schenkend als nötig, reagiert jedoch der Leiter des Vereins für politische Bildung damit, sich von der Muslimbruderschaft zu distanzieren und die Grund- und Menschenrechte zu bekräftigen.

Was hat das bitteschön mit uns als Moscheeverein zu tun?! Will hier etwas insinuiert werden?

¹ In: Mark R. Cohen, Unter Kreuz und Halbmond. Die Juden im Mittelalter. München: Beck, 2005, S. 22.

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

Man stelle sich vor, Muslime würden mit jüdischen Institutionen zusammenarbeiten und diese sich nach Anfrage von Juden verantworteter Apartheid und illegaler Besatzung distanzieren.

Weiterhin macht der Leiter auf die Angebote seiner Organisation gegen Radikalisierung & Antisemitismus aufmerksam; Angebote, die sie auch „in Moscheen machen, also da, wo es auch mal wehtut und unumstritten Bedarf gibt.“

Einer seiner Mitarbeiter verkündet in seiner Reaktion auf die Skandalisierung:

„Wenn man etwas gegen Antisemitismus unternehmen will, dann muss man leider manchmal wohin gehen, wo man vielleicht gerade lieber nicht wäre, was nicht heißt, dass man mit allem einverstanden ist!“

„...ist doch ganz klar, dass ein Workshop dort längst nicht bedeutet, dass man alles was in der Moschee und drumherum teilt.[sic]“

Ich bin aus allen Wolken gefallen!

Durch solche Aussagen können Denunziationen perpetuiert werden – auch wenn dies nicht beabsichtigt war oder ist. Insbesondere LeserInnen, die mit der Materie nicht betraut sind und das IIS nicht kennen, können einen falschen Eindruck bekommen.

Was war das also für eine Zusammenarbeit, der unsere Moschee zugestimmt hat?

Ist hier etwa eine konkrete Antisemitismusprävention und Deradikalisierung geplant und durchgeführt worden, die unerwünscht ans Tageslicht kam?

Oder wurde eine Zusammenarbeit verschiedener sozialer Akteure – inklusive einer Moschee – skandalisiert, weil die Moschee im sozialen Miteinander *nicht mitspielen darf*?

Zur Vorgeschichte: Der Internationale Bund, der einen Jugendmigrationsdienst im Quartier verantwortet (JMDiQ), kommt auf unsere Moschee zu, um eine Bildungsreihe zu organisieren. Untertitel: „Wie einige bevorzugt und andere benachteiligt werden. Religionsgemeinschaften als Mitstreiter gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.“

Auf der Projektskizze und dem Antrag sind zu entnehmen:

„Der Verein Islamische Informations- und Serviceleistungen e.V. öffnet seine Moschee, um Berührungängste gegenüber Muslimen abzubauen.“

„Die Veranstaltung soll Auftakt einer Workshop-Reihe (mit Unterstützung von JMDiQ) sein, um Jugendliche als Multiplikatoren zu schulen und für Ausgrenzung zu sensibilisieren.“

Der Jugendmigrationsdienst übernahm es eigenständig, andere Organisationen in die achttägige Bildungsveranstaltung miteinzubeziehen. Unsererseits organisierten wir, dass ein angehender Rabbiner wie auch ein Vertreter der katholischen Kirche eingeladen werden, um in einem interreligiösen Kontext das Thema Diskriminierungen zu behandeln.

Auch der Flyer mitsamt der Nennung der beteiligten Organisationen und damit die Erstkommunikation an die Öffentlichkeit wurde vom Jugendmigrationsdienst eigenständig

Mohammed Naved Johari ☞ fürdieliebenden.de ☞ monajo.de

Doctor of Islamic Studies (International University of Novi Pazar - SRB, 2019)

Diplom-Sozialpädagogin (GER, 2006) M.A. Management (GER, 2013) M.A. Islamic Studies (GBR, 2016)

M.A. Interreligiöser Dialog (AUT, 2017) Geprüfter Stresspräventionstrainer (ZPP, 2021)

2-jährige Weiterbildung in Systemische Beratung (SG, 2023)

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

gehandhabt. Ein freundlicher Hinweis, dass das ausgesuchte Foto nicht die muslimische Gemeinde repräsentiert und es für das nächste Mal besser wäre, sich diesbezüglich abzusprechen, hat auch zur Zusammenarbeit gezählt.



Auf unsere Homepage wurde beworben:

Workshopreihe für 15-27-Jährige in Kooperation mit IIS e.V., dem Verein für politische Bildung und X.

In Deutschland und Europa nehmen ablehnende bis feindliche Einstellungen gegenüber Minderheiten seit Jahren zu. Daraus entsteht ein gefährlicher Nährboden für den Rechtsextremismus, der gegenwärtig ständig gewaltbereiter wird. Höchst problematisch: Ausgrenzende und diskriminierende Narrative sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Politik und Medien begünstigen diesen Zustand – allzu oft werden Ressentiments unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit bemüht! Die Workshops sollen diesem Trend entschieden entgegenwirken!

14.09.201?: Same same, but different (1)

19.10.201?: Morgen mehr (2)

16.11.201?: Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit (3)

07.12.201?: Antisemitismus und religiöse Diskriminierung (4)

18.01.201?: Rechtsextremismus – Was bedeutet das heute? (5)

1.-3.3.201?: Fahrt nach Weimar und Besuch der Gedenkstätte Buchenwald

Es sei also klargestellt, dass außerschulische Jugendbildungsarbeit und Multiplikatoren-Schulungen im IIS stattgefunden haben. Mehr war und ist auch nicht nötig. Wir brauchen keine Antisemitismusprävention oder Deradikalisierung.

Die öffentliche Distanzierung und subtile Beschuldigung des Kooperationspartners erreichte selbstverständlich auch unsere Gemeinde – oder denkt jemand, dass wir in einer Parallelgesellschaft leben? Der Vorstand und weitere Aktive des Vereins wie auch Eltern, deren Kinder an der Schulung teilgenommen haben, haben mir ihre Wut und Enttäuschung mitgeteilt. Nun war es wichtig, dass wir als Moscheeverein eine Stellungnahme leisten, weswegen ich einen Entwurf an den Vorstand vorbereitete. Ein Ausschnitt aus diesem Entwurf:

Als Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit und als Pressesprecher muss ich das IIS gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit, der Politik, Medien, Kooperationspartnern, potenziellen Kooperationspartnern und nicht zuletzt auch gegenüber unseren Geschwistern vertreten.

Mohammed Naved Johari ☸ fürdieliebenden.de ☸ monajo.de

Doctor of Islamic Studies (International University of Novi Pazar - SRB, 2019)
Diplom-Sozialpädagogin (GER, 2006) M.A. Management (GER, 2013) M.A. Islamic Studies (GBR, 2016)
M.A. Interreligiöser Dialog (AUT, 2017) Geprüfter Stresspräventionstrainer (ZPP, 2021)
2-jährige Weiterbildung in Systemische Beratung (SG, 2023)

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

Allen Gedanken und Strategien kann ich dabei nicht gerecht werden. Niemand kann das.

Gar nichts sagen ist aber auch keine Option.

Niemals ist es eine Option, sich selbst schwach zu machen, indem man Konflikte aus dem Weg geht, indem man Beleidigungen, Diskriminierungen und Unterstellungen anderer hinnimmt.

Auch werden Kooperationspartner einem nicht beistehen, wenn wir uns nicht verteidigen. Hier gilt es einer Tendenz vorzubeugen, dass sich Kooperationspartner abwenden, weil sie annehmen, dass die Unterstellungen wahr sind, oder aber, dass sie denken, dass wir zu schwach in der Gesellschaft stehen, und Kooperationspartner selbst nicht stark genug sind, etwas zu bewirken. Dann wenden sie sich an andere – wenn diese anderen, die im Namen der Muslime sprechen, nur immer bodenständig wären ...

Ähnliches gilt für potenzielle Kooperationspartner: Wenn Sie sehen, dass wir zu Unterstellungen schweigen, dann könnte es sein, dass sie uns Zustimmung unterstellen.

Oder aber es könnte Kooperationspartner abschrecken, weil sie meinen, dass wir zu schwach in der Gesellschaft stehen, und sie ihren eigenen Ruf schützen wollen.

Den Persönlichkeiten und Strategien geschuldet, waren und sind die Abstimmungsprozesse in solchen Fragen stets schwierig und langwierig. Deshalb hatte ich zwischenzeitlich selbst *persönlich* Stellung bezogen. Ohnehin war die Angelegenheit mit dem *Verein für politische Bildung* eine öffentliche. Wobei wir wie gesagt hierbei weder gefragt noch informiert wurden. Im weiteren Verlauf erwies sich meine persönliche Stellungnahme als genügend. Auf meiner Homepage schrieb ich u. a. Folgendes:

Es ist ein offenes Geheimnis, dass einschlägige Organisationen Jugendbildungs- sowie sozialarbeiterische Angebote oftmals der Finanzierung wegen als *Deradikalisierung* und *Gewalt-* bzw. *Antisemitismusprävention* etc. verbuchen.

Dieser inflationäre Gebrauch wird von Fachleuten zurecht wegen seines Stigmatisierungspotenzials kritisiert.

Deswegen hat das IIS entsprechende Angebote in der Vergangenheit begründet abgelehnt, auch wenn „politische Anerkennung“ und Finanzierung versprochen wurde.

Gleichartige Bildungsinhalte hingegen werden dort, wo sie für LehrerInnen, PolizistInnen, BeamtInnen, Belegschaften etc. vermittelt werden, eben nicht *Antisemitismusprävention* und *Deradikalisierung* genannt.

Wie könnte man sich so etwas auch vorstellen, ja wie wäre so ein Zustandekommen einer Zusammenarbeit überhaupt möglich?

Sind folgende Verlautbarungen etwa denkbar?

Mohammed Naved Johari ☞ fürdieliebenden.de ☞ monajo.de

Doctor of Islamic Studies (International University of Novi Pazar - SRB, 2019)

Diplom-Sozialpädagogin (GER, 2006) M.A. Management (GER, 2013) M.A. Islamic Studies (GBR, 2016)

M.A. Interreligiöser Dialog (AUT, 2017) Geprüfter Stresspräventionstrainer (ZPP, 2021)

2-jährige Weiterbildung in Systemische Beratung (SG, 2023)

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

„Deradikalisierung in Synagogen mit jüdischen Jugendlichen wird nun vom Land Hessen mit 500.000€ gefördert.“

„Extremismus- und Antisemitismusprävention mit MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes fanden im Oktober statt.“

„Die Belegschaft hat Schulungen erhalten, um dem Antisemitismus entgegenzuwirken.“

„Die SchülerInnen der Eliteprivatschule durchliefen ein Präventionsprogramm zum Thema sexueller Gewalt.“

„Die Parteizentrale verkündet, dass alle Parteimitglieder ein Antirassismus-Programm durchlaufen haben.“

Solche Aussagen sind allein wegen ihrer Suggestion, resp. ihres Stigmatisierungspotenzials abzulehnen.

Konsequenterweise kämen VertreterInnen des IIS auch nicht auf die Idee, die Interaktionen mit über 110 nichtmuslimischen Organisationen als *antimuslimfeindliche Deradikalisierung* oder dergleichen zu beschreiben!
[Einschub aus dem Sommer 2023: mittlerweile sind es mindestens 270 Organisationen]

Selbst für denkbare und nötige Fälle von Deradikalisierung im Allgemeinen gilt laut ExpertInnen für den Bereich:

- Wirbt man mit Deradikalisierung offensiv, bleiben viele, die es nötig haben, aus Trotz fern.
Doch auch mit den verbleibenden KlientInnen ist die Beziehung und Kommunikation gestört, weil die öffentliche Selbstdarstellung des Anbieters Glaubwürdigkeit und Vertrauen untergräbt. Dasselbe gilt in Bezug auf die Organisation(en), welche den Rahmen für die Begegnung mit den Heranwachsenden bietet.
Jugendliche und ihre Gemeinden wollen nicht als defizitär wahrgenommen, gebrandmarkt und „verkauft“ werden.
- Ebenfalls gilt es das Aufkeimen eines Generalverdachts zu vermeiden, indem eine Stigmatisierung der Zielgruppe verursacht, bzw. noch verstärkt wird.

Auf diese Gefahr machen u. a. die ExpertInnen Bernd Holthusen², Dr. Sabrina Hoops³,

² Bernd Holthusen, Diplom-Politologe, ist seit 1997 als wissenschaftlicher Referent in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstituts tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Kooperation, Mehrfach- und Intensivtäter und Evaluation.

³ Dr. Sabrina Hoops, Diplom-Pädagogin, ist seit 1998 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Nach verschiedenen empirischen Forschungsprojekten im Themenkontext Abweichendes Verhalten und Evaluation erzieherischer Hilfen ist sie seit 2008 Mitglied der Arbeitsstelle Kinder- und

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

Dr. Christian Lüders⁴ und Dr. Diana Ziegleder⁵ aufmerksam.

In diesem Fall sind muslimische Jugendliche wie auch Moscheegemeinden von Stigmatisierungen und Vorurteilen bereits betroffen, weswegen eine besondere Sensibilität geboten ist.

Der *Verein für politische Bildung* lehnt die Kontaktschuldhypothese gegen sich ab, wie auch das IIS die schwammig formulierte und dreischrittige (!) Kontaktschuldhypothese des Verfassungsschutzes ablehnt.⁶

(...)

Gerade der *Verein für politische Bildung* hat aufgrund seiner Geschichte und seines Kernauftrags wegen den Themenkomplex *Diskriminierung & staatliche Institutionen* zu nicht scheuen.

(...)

Bedauerlicherweise hat der *Verein für politische Bildung* noch nicht die Verfassungsschutzbehörden dahingehend kritisiert, dass diese zur Stigmatisierung muslimischer Organisationen beitragen.

In diesem Zusammenhang haben bereits u. a. folgende Personen den Umgang der Verfassungsschutzbehörden mit muslimischen Gemeinden beanstandet:

- Professor Dr. Werner Schiffauer;
- Dr. Sabine Schiffer;
- Dr. Jörn Thielmann;
- Professor Dr. Dietrich Murswiek (der in einem Gutachten feststellte, dass mit Ausnahme der Verfassungsschutzberichte Berlins und Brandenburgs alle in den Jahren 2006-2009 publizierten Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern verfassungswidrig waren!);
- Dr. Jürgen Micksch;
- Professor Dr. Claus Leggewie;
- Dr. Horst Meier und
- Professor Stefan Jakob Wimmer.

Wenn es nach Professor Dr. Claus Leggewie und Dr. Horst Meier gegangen wäre, hätte die Gesamtgesellschaft letztes Jahr die Auflösung der Verfassungsschutzbehörden gefeiert!

Jugendkriminalitätsprävention.

⁴ Dr. Christian Lüders, M.A., leitet die Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation, Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.

⁵ Dr. Diana Ziegleder, Diplom-Soziologin und Rechtssoziologin M.A. ist seit 2011 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Kooperation, Polizeiforschung und Kriminologie.

⁶ Die Denunziantin unterschlägt diese dreischrittige Assoziationskette des Verfassungsschutzes und zitiert diesen tatsachenwidrig.

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

Es ist zu hoffen, dass der *Verein für politische Bildung* diese Thematik in naher Zukunft aufgreift.

Zumindest muss der *Verein für politische Bildung* in seiner Öffentlichkeitsarbeit dafür Sorge tragen, dass die Wirkungsstätten seiner Arbeit (hier Moscheen) nicht weiter stigmatisiert werden, als sie es bereits sind und laufend werden.

In diesem Sinne sind die Reaktionen des *Vereins für politische Bildung*, wenn auch unbeabsichtigt, doch äußerst unglücklich aufgrund der einhergehenden Perpetuierung.

Abschließend möchte ich mich trotz allem für die wertvolle inhaltliche Arbeit bedanken, denn diese ist von kompetenten und sympathischen MitarbeiterInnen mit Herz geleistet worden.

Für Zusammenarbeiten auf Augenhöhe bei gegenseitiger Wertschätzung verbleibe ich stets kooperationsoffen und

mit besten Grüßen

Mohammed Naved Johari

Auf Facebook habe ich diese Stellungnahme auch geteilt und habe jeden markiert, der zuvor auf den jeweiligen Facebook-Accounts des *Vereins für politische Bildung*, des Leiters oder des Mitarbeiters einen Like oder einen Kommentar hinterlassen hat.

Stadtgespräche und Flurfunk ließen nicht auf sich warten. Eine Mitarbeiterin vom Frankfurter Rat der Religionen hat mich beispielsweise auf die Angelegenheit angesprochen.

Obwohl ich das Verhalten des Kooperationspartners als rückgratlos empfunden habe, zog ich das Messer aus unserem Rücken, ergriff Initiative. In einem Gespräch mit der Leitung wollte ich eine Zukunftsperspektive entwickeln.

Im Gespräch wurde Bedauern über den Verlauf der Dinge ausgedrückt (nein, es war keine volle Entschuldigung) und zugesagt, dass man nun für die Zukunft gerüstet sei und sich derlei nicht noch einmal ereignen würde. Am Ende des Gesprächs wurde eine Moscheeführung vom Leiter angefragt, die auch später stattgefunden hat.

Zu den Themen der Begegnung gehörten unter anderem auch die Verdachtskultur gegenüber Muslimen und der Rechtsruck und wie diese sich auf die Arbeit unserer Moscheegemeinde auswirken.

Diese Moscheeführung ist übrigens die einzige, die ich nicht in unseren Öffentlichkeitsarbeitsgericht aufgenommen habe.

Gleichfalls habe ich die hier beschriebene schiefgegangene Kooperation nie öffentlich zu unseren Referenzen gezählt.

Damit wollte ich verhindern, dass irgendjemand meint, wir müssten uns mit solchen Referenzen schmücken. Wir wissen bereits, wer wir sind und was wir leisten.

Gegenseitige Wertschätzung ist für uns eine Voraussetzung für eine Kooperation.

Nach dem Gespräch ergriff ich weitere Initiative und gab meiner Stellungnahme auf meiner Homepage einen allgemeinen Charakter, ohne Namen zu nennen oder auf konkrete Ereignisse

Mohammed Naved Johari ☞ fuerdieliebenden.de ☞ monajo.de

Doctor of Islamic Studies (International University of Novi Pazar - SRB, 2019)

Diplom-Sozialpädagogin (GER, 2006) M.A. Management (GER, 2013) M.A. Islamic Studies (GBR, 2016)

M.A. Interreligiöser Dialog (AUT, 2017) Geprüfter Stresspräventionstrainer (ZPP, 2021)

2-jährige Weiterbildung in Systemische Beratung (SG, 2023)

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

einzugehen. Ebenfalls löschte ich meinen Facebook-Eintrag. In einem telefonischen Gespräch legte ich es der Leitung des *Vereins für politische Bildung* nahe, dass auch sie alle Facebook-Beiträge löschen mögen, damit die Angelegenheit auf allen Ebenen bereinigt und aus der Welt geschaffen ist. Dem ist man dankenswerterweise – doch nicht ohne Eigennutz – nachgekommen.

Wer nicht für sich selbst spricht, für den wird nicht gesprochen werden!

Am Ende werden wir uns nicht an die Worte unserer Feinde erinnern, sondern an das Schweigen unserer Freunde.“ – Martin Luther King

Vergebung spielt eine große im Aufbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Prophet Muhammad (sallal-laahu 'alaihi wa sallam) hat weitaus mehr und Schwerwiegenderes vergeben.

Innerhalb von Überzeugungsgesprächen zeigte er sein großes und großartiges Herz. Er beschenkte Menschen und gab ihnen Perspektiven für eine besseres Miteinander und für eine heilsame Persönlichkeitsentwicklung.

عَنْ عَمْرِو بْنِ الْعَاصِ قَالَ كَانَ رَسُولُ اللَّهِ صَلَّى اللَّهُ عَلَيْهِ وَسَلَّمَ يُقْبَلُ بِوَجْهِهِ
وَحَدِيثِهِ عَلَى أَشْرِّ الْقَوْمِ يَتَأَلَّفُهُمْ بِذَلِكَ فَكَانَ يُقْبَلُ بِوَجْهِهِ وَحَدِيثِهِ عَلَيَّ حَتَّى
ظَنَنْتُ أَنِّي خَيْرُ الْقَوْمِ

Amr ibn Al-'Aas (radiyal-laahu 'anhu) berichtete: „Der Gesandte Allaahs (sallal-laahu 'alaihi wa sallam) begegnete den schlimmsten Menschen mit einem fröhlichen Gesicht und freundlichen Worten zwecks Zusammenbringung. Er begegnete mir mit seinem fröhlichen Gesicht und freundlichen Worten, bis ich dachte, ich sei der beste der Menschen.“⁷

Folgendes Dankeschreiben erhielten unsere MitstreiterInnen und Wegbegleiter zum Jahresende, in dem auch das letzte Kapitel sich zugetragen hat:

Ein herzliches Dankeschön an unsere KooperationspartnerInnen!

Institutionen sind keine Maschinen, vielmehr werden sie von Menschen getragen. Und dabei sind manche Menschen bereits für sich alleine genommen eine Institution.

⁷ At-Tirmidhiy: Al-Schamaail Al-Muḥammadiyah, ḥaṣan nach Al-Albaaniy in
وَحَسَنَهُ الْأَلْبَانِيُّ فِي مَخْتَصَرِ الشَّمَانِلِ الْمَحْمَدِيَّةِ.

Asoziale Pädagogen Umgang mit antimuslimischem institutionellem Rassismus Aus einer Perspektive einer Moscheegemeinde

In Zeiten, in denen der Populismus entlohnt und gesellschaftsfähiger wird, nehmen auch die verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu. Entsprechend steigt der Bedarf an Strategien, um den stetigen Diskriminierungen und Marginalisierungen adäquat begegnen zu können.

„Islamfeindlichkeit ist heute die in Deutschland am weitesten verbreitete Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Deutlicher noch als die ihr verwandten Strömungen wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie u. a. reicht sie von den extremen Rändern der Gesellschaft bis in die breite und Mitte der Gesellschaft hinein.“¹

Zivilcourage ist allzu oft enorm zeit- und kraftaufwendig und kostet überdies Mühe und Nerven. Nicht zuletzt deshalb, weil couragierter, öffentlicher Einsatz für diskriminierte Minderheiten und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oft bedeutet, sich selbst massiven Anfeindungen auszusetzen. Mit den Worten Anne Franks möchten wir unseren KooperationspartnerInnen für ihren Beistand herzlich „danke“ sagen:

„Jeder weiß selbst, dass ein gutes Beispiel gute Folgen hat. Sei nun du dieses gute Beispiel, dann wird es nicht mehr so sehr lang dauern und die anderen werden ihm folgen. Immer mehr Menschen werden freundlicher und freigiebiger werden, bis endlich niemand mehr auf die Ärmern herabsieht. Wie herrlich ist es, dass niemand eine Minute zu warten braucht, um damit zu beginnen, die Welt langsam zu ändern! Wie herrlich, dass jeder, klein oder groß, direkt seinen Teil dazu beitragen kann, um Gerechtigkeit zu bringen und zu geben! Öffne die Augen, sei selbst zuerst gerecht! Gib selbst, was zu geben ist! Und immer ist etwas zu geben, wenn es auch nur Freundlichkeit ist! Niemand ist je vom Geben arm geworden“

(Anne Frank, 26. März 1944)

Warum wollen Bildungsstätten muslimische Jugendgruppen gründen und diese darüber definieren, dass jeder dabei sein kann, der will? Also islamologisch wie auch religionswissenschaftlich betrachtet, NichtmuslimInnen inkludierend? Warum wollen diese Bildungsstätten Engagement für Palästina unterbinden oder LGBTIQ-Gutheißung und -Praktizierung innerhalb der Gemeinden fördern?

Weil es Geld einbringt? Das ist ein Grund. Persönliche/ ideologische Gründe sind auch Faktoren.

Mohammed Naved Johari ☞ fürdieliebenden.de ☞ monajo.de

Doctor of Islamic Studies (International University of Novi Pazar - SRB, 2019)
Diplom-Sozialpädagogin (GER, 2006) M.A. Management (GER, 2013) M.A. Islamic Studies (GBR, 2016)
M.A. Interreligiöser Dialog (AUT, 2017) Geprüfter Stresspräventionstrainer (ZPP, 2021)
2-jährige Weiterbildung in Systemische Beratung (SG, 2023)